

Ergebnisprotokoll

Thema:	Erstes Treffen der AG „Zukünftige Förderung von Jugendwerkstätten“		
Datum: 31.10.2011		Ort: MS Niedersachsen, Hannover	Uhrzeit (von – bis): 10.30 - 13.00 Uhr
Besprechungsleitung: Herr St Pott, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration		Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste	Verfasser: Weger
Protokoll erstellt am: 10.11.2011		Verteiler: siehe Teilnehmerliste	
Anlagen:	Teilnehmerliste		

Besprechungsergebnisse:

TOP Nr.:	Aufgabe / Ergebnisse
1.	<p><u>Begrüßung</u></p> <p>Herr St Pott begrüßt die Teilnehmer und erläutert die Zielsetzung der Arbeitsgruppe. Wesentliche Aufgabe der AG ist die Sammlung und Klärung aller relevanten Themen und Probleme zur weiteren Förderung der Jugendwerkstätten (JW). Dabei geht es insbesondere darum,</p> <ul style="list-style-type: none"> • die vorhandenen Übergangszeiträume inhaltlich und zeitlich eindeutig zu definieren, • die Bedingungen für die weitere Förderung nach Ablauf der Übergangszeiträume zu erörtern und Lösungen für die Praxis zu erarbeiten sowie • die wesentlichen Fragen zur Trägerzulassung zu klären. <p>Aus Sicht von Herrn St. Pott ist es sinnvoll, zu einzelnen Fragestellungen Unterarbeitsgruppen zu bilden.</p>
2.	<p><u>Aktueller Sachstand Gesetzgebungsverfahren</u></p> <p>Herr Weiland, Unterabteilungsleiter Ilc (Grundsicherung für Arbeitsuchende) im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, erläutert, dass der Bundesrat den</p>

	<p>Vermittlungsausschuss angerufen hat. Die erste Sitzung ist für den 9. November 2011 vorgesehen. Das BMAS geht weiterhin von einem Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. April 2012 aus. Daher wird auch an dem Ziel, diesen moderierten Prozess bis zum 31. März 2012 abzuschließen, weiterhin festgehalten. Ob und ggf. welche Auswirkungen sich aus der Anrufung des Vermittlungsausschusses - insbesondere aus dem Änderungsvorschlag zur Förderung von Produktionsschulen und Jugendwerkstätten - für den weiteren Prozess ergeben, bleibt abzuwarten.</p>
3.	<p><u>Gegenwärtiger Stand der Fördermöglichkeiten</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Übergangszeiträume können bis zum Inkrafttreten des Gesetzes durch die Bewilligung von AGH auf der Grundlage des alten Rechts geschaffen werden. Die Regionaldirektion Niedersachsen/Bremen (RD) wird den Jobcentern gemeinsame Einrichtung (JC g. E.) empfehlen, entsprechende AGH bis zur Dauer von 12 Monaten zu bewilligen. Damit ist im Regelfall die Förderung bis Ende 2012 gesichert. • Ein weiterer Übergangszeitraum besteht hinsichtlich der notwendigen Trägerzulassung bei einer Förderung ab 1. April 2012 auf der Grundlage von § 45 SGB III neu. Wird die Förderung der JW bereits in 2012 auf Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung umgestellt, gilt die im Gesetz vorgesehene Übergangsfrist für die Trägerzulassung. Danach ist eine Trägerzulassung bis einschließlich 31. Dezember 2012 nicht erforderlich, wenn die Förderung nach § 45 SGB III neu als Auftragsmaßnahme (Vergabe) durchgeführt wird. Die Dauer der beauftragten Maßnahme kann dabei über den 31. Dezember 2012 hinausgehen, ohne dass der Träger einer Zulassung bedarf. Aus Sicht von RD und BMAS sollte grundsätzlich das Ziel sein, dass die Träger der JW bis Ende 2012 die Trägerzulassung erlangen. Denn mit der Zulassung wird das Vorliegen grundlegender Qualitätsstandards bei der Leistungserbringung geprüft und bescheinigt. Die Übergangsregelung zur Trägerzulassung sollte daher nach Auffassung von BMAS und BA nicht dazu genutzt werden, das Zulassungserfordernis für einen längeren Zeitraum oder gar für mehrere Jahre durch entsprechend langfristig angelegte Maßnahmen auszuhebeln. Hierbei sind neben haushalterischen Aspekten der langfristigen Mittelbindung auch die tatsächlichen Entwicklungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und damit einhergehende Veränderungen des Förderbedarfs zu berücksichtigen. <p><u>Offene Fragen</u></p> <p><i>Vorbemerkung:</i></p> <p><i>Nach § 18c SGB II wurde beim BMAS ein Bund-Länder-Ausschuss gebildet. Dieser</i></p>

Ausschuss ist bei der Beratung von Fragen der Aufsicht mit Vertretern von Bund und Ländern besetzt. Zu Fragen der Rechtsauslegung der neu geordneten Instrumente sowie zu Umsetzungsfragen der Eingliederung im SGB II wurde als Gremium des Bund-Länderausschusses eine Bund-Länder Arbeitsgruppe Eingliederung SGB II eingerichtet. Soweit auftretende Fragen zur Förderung von JW vom Auftrag der Bund-Länder-AG umfasst sind, sind diese zunächst in der AG zu erörtern. Einseitige Festlegungen durch das BMAS im Rahmen der AG „Zukünftige Förderung der Jugendwerkstätten“ wird es nicht geben. Die Ergebnisse der AG-Sitzungen fließen in die Gespräche zur weiteren Förderung der JW ein.

- **Trägerzulassung:** Das BMAS weist darauf hin, dass sich die Rechtsverordnung zur Zulassung von Trägern und Maßnahmen gegenwärtig in der Erarbeitung und anschließend in der Abstimmung zwischen den beteiligten Bundesministerien befindet. Aussagen zum Inhalt des Verordnungsentwurfs sind daher derzeit noch nicht möglich. Im Rahmen des Erlassverfahrens der Verordnung wird es wie auch bei Gesetzesentwürfen ein schriftliches Anhörungsverfahren geben. Das BMAS geht davon aus, dass die Rechtsverordnung rechtzeitig zum Inkrafttreten des Gesetzes ebenfalls in Kraft treten wird.
- **Jugendwerkstätten in kommunaler Trägerschaft:** Die Frage der Förderung von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei JW in kommunaler Trägerschaft (z. B. beim Jugendamt) steht im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Frage, ob Jobcenter selbst Maßnahmen nach § 45 SGB III neu durchführen und über Eingliederungsmittel abrechnen dürfen und ist nach bisherigem Erkenntnisstand ausschließlich für die zugelassenen kommunalen Träger relevant. Die Problematik steht nicht originär in Zusammenhang mit der Instrumentenreform, sondern wird bereits gegenwärtig zwischen Bund und Ländern zur Unterscheidung zwischen Eingliederungs- und Verwaltungsmitteln diskutiert. Nach Auffassung des BMAS ist der § 45 SGB III neu - wie bisher auch § 46 SGB III - ausschließlich die Rechtsgrundlage, um Dritte mit vermittlungsunterstützenden Leistungen zu beauftragen. Erbringen Jobcenter im Rahmen ihrer Vermittlungsarbeit Leistungen, die inhaltlich als Leistungen der Aktivierung, Heranführung, Beratung, assistierten Vermittlung etc. - also als selbst erbrachte Aktivitäten des Jobcenters mit dem Ziel, den Arbeitsuchenden wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern - zu bewerten sind, stellen diese nach Rechtsauffassung des BMAS Verwaltungsaufwendungen dar. Einige Länder und Kommunen teilen diese Auffassung nicht. Es ist vorgesehen, in der nächsten Sitzung der Bund-Länder AG Eingliederung SGB II am 10. November 2011 dieses Thema zu erörtern und Lösungen für die Praxis zu erarbeiten (*Anmerkung der*

	<p><i>Redaktion: In der Sitzung am 10. November 2011 wurde die Einrichtung einer Unterarbeitsgruppe beschlossen. Aufgabe der UAG ist die Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten für die Praxis. Die Sitzung der UAG findet am 28. November 2011 statt.). Dabei ist auch die Trägereigenschaft im Sinne von § 45 SGB III neu bei Jugendwerkstätten in kommunaler Trägerschaft (z. B. Jugendamt) zu behandeln.</i></p> <ul style="list-style-type: none">• Zulässige Inhalte von Maßnahmen nach § 45 SGB III neu: Soweit die Zulässigkeit von zeitlich unbegrenzter praktischer - z. T. wirtschaftlich verwertbarer - Arbeit beim Maßnahmeträger angesprochen wird, bleibt die Erörterung in der Bund-Länder-AG Eingliederung SGB II abzuwarten.• Vergabe: Detailfragen zur Möglichkeit einer freihändigen Vergabe (Stichwort vorteilhafte Gelegenheit) werden aktuell im Regionalen Einkaufszentrum der RD (grds. für den Verantwortungsbereich der gE) geklärt und im Rahmen der nächsten AG-Sitzung am 12.12. vorgestellt.
4.	<p><u>Weiters Vorgehen:</u></p> <p>Es wird die Einrichtung einer Unter-Arbeitsgruppe vereinbart, die erörtert, welche Unterstützungsbedarfe benachteiligte junge Menschen haben, welche Arbeitsansätze für die Zielgruppe erfolgversprechend sind und welches gesetzliche Instrumentarium in Frage kommt. Die Sitzung der Unter-Arbeitsgruppe findet am 21. November 2011 in Hannover statt.</p> <p>Die nächste Sitzung der AG findet am 12. Dezember 2011 statt.</p>